

**CDU**

Christlich Demokratische Union
Kreisverband Bonn

Eduard-Otto-Straße 34 * 53129 Bonn
Telefon: 02 28/91 77 80 * Fax: 02 28/54 94 30
info@cdu-bonn.de * www.cdu-bonn.de

18. Januar 2013

Mitteilung an die Medien

Unterstellung Kelbers: Durchschaubare Vorwärtsverteidigung

Als „*ebenso abwegig wie verwegen*“ bezeichnen die Bundestagskandidatin der Bonner CDU, Dr. Claudia Lücking-Michel, und der Kreisvorsitzende der Bonner CDU, Philipp Lerch, die Unterstellung des SPD-Bundestagsabgeordneten, dass sich ausgerechnet die Bonner CDU vom regionalen Konsens zum Bonn/Berlin-Gesetz verabschiedet habe. Im Gegensatz zu prominenten Sozialdemokraten aus der Bundesstadt rüttelte man eben gerade nicht am Bonn/Berlin-Gesetz, stellen sie fest. Ganz im Gegenteil, so Lücking-Michel und Lerch, setze sich die Bonner CDU erwiesenermaßen und nicht zuletzt auf der Grundlage des regionalen Konsenses vehement für den Fortbestand des Gesetzes ein:

„Die Vorwärtsverteidigung des SPD-Bundestagsabgeordneten ist durchschaubar und unangebracht: In Bonn stellen allein seine Parteiliebe Jürgen Nimptsch und Peer Steinbrück die gesetzlich festgelegte Arbeitsteilung zum wiederholten Mal in Frage. Entgegen der Unterstellung des SPD-Bundestagsabgeordneten handelt nicht etwa die Bonner CDU bei der Verteidigung des Bonn-Berlin-Gesetzes nur entlang parteipolitischer Linien, sondern vielmehr Kelber selbst, jedenfalls dann, wenn er wie in seiner ersten Stellungnahme den Spekulationen Steinbrücks über einen Abschied vom Bonn-Berlin-Gesetz unbedingt noch Positives abzugewinnen versucht. (s. „Hintergrund“) Ob aus den eigenen Reihen oder nicht: Jede grundsätzliche Infragestellung des historischen Konsenses, dauerhaft zwei Regierungsstandorte zu erhalten, ist aus Sicht der Bonner CDU inakzeptabel und schädlich.“

Lücking-Michel führt weiter aus:

„Im Koalitionsvertrag bekennen sich sowohl CDU und CSU als auch die FDP eindeutig zur Bundesstadt Bonn. Dies hat die Bundeskanzlerin immer wieder bekräftigt – auch im Rahmen ihres Besuches im April 2012 auf dem Bonner Marktplatz. Aussagekräftige Bekenntnisse zum Fortbestand der Arbeitsteilung zwischen der Hauptstadt und der Bundesstadt liegen dokumentierbar von den meisten Bundesministern vor, erst kürzlich erneut von Peter Altmaier, Peter Ramsauer und Hans-Peter Friedrich. Unterstützt werden sie von führenden Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wie Wolfgang Bosbach, allen regionalen Abgeordneten der Regierungsparteien und der nordrhein-westfälischen CDU-Landesspitze; auf Drängen Armin Laschets hat sich inzwischen selbst die SPD-Ministerpräsidentin uneingeschränkt von Steinbrücks Vorstoß zu einer Aufgabe des Bonn/Berlin-Gesetzes distanziert.

Statt reflexartig in den Wahlkampfmodus zu schalten, sollte Ulrich Kelber seine Kraft darauf verwenden, von der Berliner SPD-Parteispitze auch nur annähernd so klare Bekenntnisse zu Bonn als Bundesstadt zu erwirken und im Wahlprogramm der SPD zu verankern, wie sie von Angela Merkel und der amtierenden Bundesregierung dokumentiert sind.“

Hintergrund: Zitat aus einer Medienmitteilung Ulrich Kelbers vom 5. Januar 2013: „[...] Peer Steinbrück gibt der Arbeitsteilung der Ministerien ebenfalls keine Zukunft, will aber wenigstens die Jobs wie zugesagt in Bonn belassen und die Bonner Ministeriumsteile in Bundesbehörden umwandeln.“

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Herbert Frohn". The signature is written in a cursive style with a large, stylized 'H' and 'F'.

Herbert Frohn
Pressesprecher
Mobil: 01 70 / 8 19 88 18